

Fachbereich/Fachdienst III/2 FD Tiefbau und Verkehr	Datum 15.11.2012	Vorlagen-Nr. XVII/0234 B01 / S01
--	---------------------	--

Beratungsfolge	Sitzungsdatum	Beratungsergebnis	Abstimmungsergebnis			geänderte Beschluss- empfehlung
			Ja	Nein	Enth.	
Fraktion						
Ausschuss für Planung, Bauen und Umwelt	04.12.2012					
Verwaltungsausschuss	11.12.2012					
Rat der Stadt Barsinghausen	13.12.2012					

Gewerbegebiet Schacht IV

Beschlussempfehlung:

Der Rat beschließt die in der Sachdarstellung erläuterte Straßenbaumaßnahme in das Investitionsprogramm 2013 aufzunehmen.
Zusätzliche Mittel in Höhe von 270.000,00 € sind im Investitionshaushalt bereit zu stellen.

Beteiligung Rechnungsprüfungsamt
Stellungnahme:

Unterschrift Verwaltungsvorstand BM/ESTR

Haushaltsmittel:

Finanzhaushalt						
HH- Jahr	Investitionsmaßnahme		HH-Ansatz	Noch verfügbare Mittel	Einzahlung / Auszahlung	Järl. Folgekosten
	Nummer	Bezeichnung				
20	I1.113011.500	Allgem. Straßenaus- bau- programm	300.000 €	€	€	€
Bei Verkauf von Sachanlagevermögen						
Buchwert des Anlagegutes		Verkaufspreis		Außerordentlicher Ertrag/ Aufwand		
€		€		€		
Erläuterung: Ansatzserhöhung um 270.000 €						

HSK:

Auswirkungen auf Haushaltssicherung

Gesamtkonsolidierungssumme		
wird nicht verändert	wird erhöht um	wird verringert um
X	€	€

Beteiligungen:

	nicht erforderlich	erfolgt	zugestimmt	nicht zugestimmt
Personalrat	x			
Gleichstellungsbeauftragte	x			
	vereinbar		nicht vereinbar	
Vorlage ist mit dem Leitziel der demographischen Entwicklung (XVI/420)	x			

Sachdarstellung:

Nachdem das Gewerbegebiet im Jahre 1999 erschlossen wurde und mittlerweile viele der zur Verfügung stehenden Flächen bebaut sind, soll nun der endgültige Straßenausbau erfolgen.

Dazu soll die bituminöse Baustraße um ca. 1m verbreitert werden und insgesamt mit einer abschließenden Deckschicht versehen werden. Darüber hinaus soll die Straße mit den erforderlichen Entwässerungseinrichtungen und einem einseitig verlaufenden bituminösen Gehweg ergänzt werden. Die voraussichtlichen Ausbaurkosten belaufen sich auf ca. 270.000,00 €.

Gleichstellungsrelevante Aspekte, die die Beteiligung der Gleichstellungsbeauftragten erforderlich machen, sind nicht gegeben.